NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital		
Gremium:	Stadtrat		
Sitzung am:	31. August 2017		
Sitzungsort:	Rathaus Potschappel		
Sitzungsbeginn:	18.15 Uhr	Sitzungsende:	20.40 Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:

Amtsleiter/innen und Mitarbeiter/innen

Jörg Böhme	Leiter Beteiligungssteuerung
Andreas Funk	Amtsleiter Finanzverwaltung
Gerd Glöß	Amtsleiter Ordnungsamt
Ilona Helbig	Amtsleiterin Amt für Soziales, Schulen und Jugend
Gabriele Kerger	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Holger Leuschner	Amtsleiter Hauptamt
Katrin Reis	Büroleiterin Oberbürgermeister
Josephine Schattanek	Amtsleiterin Stadtplanungsamt
Gerhard Schiller	Amtsleiter Stadtbauamt
Heike Tiltmann	Schriftführerin
Helmut Weichlein	Juristischer Referent
Matthias Weigel	Sachbearbeiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Geschäftsführer

Henryk Eismann	Prokurist Wohnungsgesellschaft Freital mbH
Michael Heinzig	Wohnungsgesellschaft Freital mbH
Alexander Karrei	Freitaler Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH
Matthias Leuschner	Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH und FREITALER STROM+GAS GMBH
Ulrich Rudolph	FREITALER STROM+GAS GMBH
Jörg Schneider	Technische Werke Freital GmbH

Abwesenheit:**Vorsitzender**

Uwe Rumberg	Oberbürgermeister	entschuldigt, Urlaub
-------------	-------------------	----------------------

Stadträtinnen/Stadträte

Dirk Abraham		entschuldigt, krank
Candido Mahoche		entschuldigt, dienstlich
Karin Müller		entschuldigt, privat
Michael Richter	Vorsitzender Fraktion DIE LINKE.	entschuldigt, dienstlich
Wolfgang Schneider	Ortsvorsteher Pesterwitz	entschuldigt, privat
Dr. Olaf Wasner		entschuldigt, Urlaub

Ortsvorsteher

Thomas Käfer	Kleinnaundorf	entschuldigt, dienstlich
--------------	---------------	--------------------------

Zuhörer: 8

Herr Pfitzenreiter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er ändert die Tagesordnung dahingehend, dass er den TOP 11 (B 2017/031) aufgrund einer aktuellen Nachfrage von der Tagesordnung nimmt.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Somit ist sie in geänderter Form angenommen und die Nummerierung ändert sich entsprechend.

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	31. August 2017

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Bürgerfragestunde gem. § 22 der Geschäftsordnung
3. Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschriften vom 18. Mai 2017, 1. Juni 2017 und 22. Juni 2017
4. Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber
5. Informationen und Anfragen
6. (Vorlagen-Nr.: I 2017/012)
Vollzug des Haushaltsplanes 2017 zum Stand 30. Juni 2017
7. (Vorlagen-Nr.: I 2017/014)
Informationen nach § 12 Abs. 4 Nr. 3 und 4 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital - 2. Quartal 2017
8. (A 2017/010)
Antrag mehrerer Stadträte zur Überprüfung der Studie "Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland" der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
9. (A 2017/011)
Antrag des Stadtrates Lothar Brandau zur Vergabe eines Straßennamen, Abzweig Leisnitz bis real,- Gebäude
10. (A 2017/012)
Antrag der Fraktion SPD/Die Grünen; Bewerbung im Rahmen der Initiative WiFi4EU- Freies WLAN für Europa
11. (Vorlagen-Nr.: B 2017/034)
Verkauf der Flurstücke 494/1, 495/1 sowie jeweils Teilflächen der Flurstücke 496/1, 497, 498 der Gemarkung Deuben

12. (Vorlagen-Nr.: B 2017/036)
Finanzierung der Sanierung des Gebäudes Poststr. 13 (Regenbogen Familienzentrum e.V.), Bewilligung einer außerplanmäßigen Auszahlung von 215.854,00 Euro
13. (Vorlagen-Nr.: B 2017/037)
"Soziale Arbeit" in der Großen Kreisstadt Freital ab dem Jahr 2018
14. (Vorlagen-Nr.: B 2017/038)
Grundsatzentscheidung zur Baumaßnahme "Sanierung und Erweiterung der Oberschule Geschwister Scholl" als 2-zügige Schule in Freital, Bewilligung einer überplanm. Auszahlung von 95.000,00 Euro und einer außerplanm. Verpflichtungsermächtigung von 270.000,00 Euro

Tagesordnungspunkt 1

Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Pfitzenreiter stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 2

Bürgerfragestunde gem. § 22 der Geschäftsordnung

Ein Bürger hat folgende Anliegen:

- Er ist Besitzer eines Hundes und stellt vermehrt fest, dass der Bereich Am Burgwartsblick/Wendeplatz Freitaler Straße oft von Hundebesitzern genutzt wird, die Hinterlassenschaften der Hunde jedoch nicht beseitigt werden. Er fragt, ob in dem vorgenannten Bereich sowie im Bereich der Stele Hundetoiletten, jedoch zumindest ein Papierkorb aufgestellt werden kann. Vielleicht besteht die Möglichkeit, die Kosten dafür aus den Einnahmen der gestiegenen Hundesteuer zu finanzieren. Des Weiteren hat er auch schon Kontakt mit dem Regionalverkehr aufgenommen, da sich des Öfteren auch die Busfahrer vor Ort erleichtern. Kann hier Abhilfe geschaffen werden?
- Zum Ausbau der Freitaler Straße möchte er wissen, weshalb zwischen den Grundstücken Freitaler Straße 20 bis 23 kein ausgebauter Fußweg vorhanden ist, sondern dieser nur auf der Straße aufgezeichnet ist. Hinzukommt, dass von einer Seite her Gegenverkehr zu beachten ist. Weiterhin wurde gegenüber der Doppelhaushälfte 18/19 eine Rekultivierung ausgeführt, wo die Baustelleneinrichtung gewesen ist. Im Bereich der letzten Häuser bis zum Buswendeplatz erfolgte jedoch keine Rekultivierung, womit auch das Unkraut wächst. Ebenso hält Herr Bücken die dortige Verkehrsführung für bedenklich, da die Straße einen starken Knick nach rechts macht und sich sehr wenige Verkehrsteilnehmer an die geforderten 30 km/h halten.
- Die Einführung der Niederschlagswassergebühr akzeptiert er zwar, kritisiert jedoch die momentane Situation bezüglich der Abschlagszahlungen. Bis Ende 2016 erfolgten fünf Abschlagszahlungen, die von der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH eingezogen wurden. Für das Jahr 2017 gibt es bisher zwei Abschlagszahlungen und er geht davon aus, dass es einigen Unmut geben wird, wenn es dann zu erheblichen Nachzahlungen kommt. Zumal die Stadt Freital über einen längeren Zeitraum auf satzungsgemäße Einnahmen/Vorauszahlungen verzichtet. Des Weiteren äußert er sich kritisch, dass er auf sein Schreiben vom 1. Mai 2017 bis dato keine Antwort/Stellungnahme erhalten hat.

Herr Pfitzenreiter antwortet, dass die Einnahmen der Hundesteuer ein allgemeines Deckungsmittel sind. Die Thematik mit den Hundetoiletten wird aufgenommen sowie die Anfrage bezüglich der Freitaler Straße und zur Niederschlagswassergebühr schriftlich beantwortet.

Frau Frost und Herr N. Meyer kommen. Somit sind 27 Stimmberechtigte anwesend.

Weitere Bürgeranfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 3

Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschriften vom 18. Mai 2017, 1. Juni 2017 und 22. Juni 2017

Herr Weichlein führt aus, dass es zur Niederschrift vom 18. Mai 2017 Einwände von Herrn Brandau auf Seite 7 gegeben hat. Diese wurden geprüft und entsprechend eingearbeitet und ein Austauschblatt erstellt.

Da es keine weiteren Einwände zur Niederschrift vom 18. Mai 2017 gibt, ist diese einschließlich des Austauschblattes bestätigt.

Zu den Niederschriften vom 1. Juni 2017 und 22. Juni 2017 liegen keine Einwendungen vor.

Tagesordnungspunkt 4

Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber

Herr Pfitzenreiter informiert, dass momentan 97 Männer, 12 Frauen und 9 Kinder dezentral untergebracht sind. Weitere 52 Plätze stehen dezentral noch zur Verfügung.

Herr Rülke fragt, wie die Zahlen im letzten Stadtrat waren und ob dort eine Tendenz der Unterbringung erkennbar ist.

Herr Specht hat die letzten Zahlen parat und führt aus, dass es 106 Männer, 11 Frauen und 12 Kinder gewesen sind.

Herr Tschirner möchte wissen, ob es eine Statistik gibt, wie viele sich von den Asylbewerbern aktiv einbringen, indem sie am Deutschunterricht teilnehmen, die Kinderbetreuung nutzen usw. Darüber sollte einmal öffentlich im Stadtrat informiert werden.

Herr Pfitzenreiter greift die Frage auf und wird Entsprechendes für die nächste Sitzung vorbereiten.

Tagesordnungspunkt 5

Informationen und Anfragen

Herr Pfitzenreiter informiert, dass allen Stadträten die Stellungnahme des Ordnungsamtes zu den Kontrollen im ersten Halbjahr 2017 auf Einhaltung der Polizeiverordnung, Hundepolizeiverordnung sowie Straßenreinigungssatzung zugegangen ist. Bezüglich des Stadtratsbeschlusses zur Lederfabrik gab es mehrere Gespräche in Sächsischen Ministerien. Mittlerweile liegt ein Schreiben des Finanzministeriums vor, dass die Lederfabrik aufgrund wirtschaftlicher Gesichtspunkte als Behördenstandort nicht nutzbar ist.

Frau Weigel bezieht sich auf einen Artikel im Amtsblatt vom 11. August 2017 mit der Überschrift „Bushaltestellen behindertengerecht ausgebaut“. Sie begrüßt den barrierefreien Ausbau, es müsste aber heißen „... behinderten- und seniorengerecht“, denn Senioren profitieren ebenfalls von dem Umbau.

Herr Rülke verliest im Namen aller Stadtratsfraktionen und Herrn Brandau nachfolgende gemeinsame Erklärung zu einem Zeitungsartikel in der Sächsischen Zeitung vom

16. August 2017 zum Haus der Bildung. Er bittet, diese wortwörtlich ins Protokoll zu nehmen und die Anwesenden Vertreter der Presse werden gebeten, dies nach außen zu kommunizieren.

„Seit vielen Jahren setzt sich der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital dafür ein, eine bedeutende Landesbehörde in unserer Stadt anzusiedeln. Nach dem Wegfall des Finanzamtes, der Verlegung des Polizeireviers nach Dippoldiswalde und den jüngsten Diskussionen um einen möglichen Abzug der Bundesagentur für Arbeit, halten wir es für wichtig, dass die Bedeutung Freitals als Mittelzentrum in der Region durch die Neuansiedlung einer solchen Landesbehörde unterstrichen wird. Darüber hinaus gibt es einen Kabinettsbeschluss der Staatsregierung aus dem Jahr 2011 zur Standortkonzeption für den Freistaat Sachsen, der die Zusammenlegung und Etablierung des Hauses der Bildung (Sächsisches Bildungsinstitut und Bildungsagentur Dresden) in Freital vorsieht. Erst kürzlich wurde durch den Sächsischen Finanzminister schriftlich bestätigt, dass dieser Beschluss auch weiterhin Bestand hat. Umso mehr verwundern uns die Aussagen einer Sprecherin des Sächsischen Kultusministeriums in einem Artikel der Sächsischen Zeitung vom 16. August 2017, nach dem die Bildungsagentur und das Bildungsinstitut als zentrale Behörde in Chemnitz zusammengelegt werden sollen. Ein solches Vorgehen würde sich gegen die aktuell geltende Beschlusslage richten und wäre ein Schlag ins Gesicht der Stadt Freital. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital fordert daher die Sächsische Staatsregierung auf, sich zur Standortkonzeption für den Freistaat von 2011 und den dort getroffenen Festlegungen abschließend zu bekennen und möglichst bald mit der Umsetzung zu beginnen. Zugleich fordern wir den Oberbürgermeister auf, dem Freistaat geeignete Flächen zur Entwicklung eines Behördenstandortes anzubieten. Nach unserem Erkenntnisstand besteht am Erwerb der ehemaligen Lederfabrik kein Interesse von Seiten des Freistaates, sodass schnellstmöglich Alternativen gesucht werden müssen.“

Frau Dr. Darmstadt kommt. Somit sind 28 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Dimter nimmt Bezug auf die Bürgeranfrage im TOP 2 und bittet allgemein zu prüfen, wo das Aufstellen von Hundetoiletten angebracht ist. Als Beispiel nennt er hier den Promenadenweg. Weiterhin kritisiert er, dass vermehrt nichtöffentliche Informationen und Unterlagen aus dem Stadtrat heraus in die Öffentlichkeit getragen werden. Hier bedarf es einer ernsthaften Regelung zur Verschwiegenheit bis hin zu einer Geldstrafe. Aktuell werden immer wieder nichtöffentliche Dinge im Bezug auf das Areal „Sächsischer Wolf“ nach außen getragen, was für die Stadt Freital schädlich sein kann.

Herr Pfitzenreiter legt dar, dass im Ältestenrat die Thematik bereits erörtert wurde und vorgesehen ist, einen Hinweis an alle Stadträte zu formulieren, wo auf die Verschwiegenheit und Nichtöffentlichkeit hingewiesen wird.

Herr Frenzel führt aus, dass es im Bereich an der Kirche in Freital-Deuben Probleme mit einem Pärchen gibt, die die Bürger terrorisieren. Dazu gibt es vom 2. Juni 2017 ein Schreiben der Bürger an die Stadt Freital, worauf bis jetzt noch nichts passiert ist. Er bittet, den Druck bei Gericht oder der Polizei entsprechend zu erhöhen, damit nicht nur den Bürgern sondern auch dem Pärchen geholfen wird.

Herrn Pfitzenreiter ist die Problematik bekannt und es gibt bereits Kontakt mit den zuständigen Behörden, um Lösungen zu finden.

Frau Schulze nimmt Bezug auf die Antwort ihrer Anfrage F 2017/032 zur Abwasserleitung im Verbindungsweg von der Leisnitz zum ehemaligen real,- Markt, die nicht zufriedenstellend ist. Da sie auch schon bereits von Nachbarn angesprochen wurde stellt sie die Frage, was von Seiten der Verwaltung unternommen wird, der Zerstörung des Abwasserkanals zwischen Leisnitz und der Straße zum real,- durch Wurzelwerk vorzubeugen.

Herr Heinzmann fragt, ob es innerhalb der Verwaltung ein Personalentwicklungskonzept gibt und wenn nein, warum nicht.

Herr Mayer schlägt vor, im Amtsblatt sowie über die Presse die Bürger über die Regeln beim Abbrennen von Feuerwerken außerhalb der Silvesternacht zu informieren. Gerade die Schuleinführung hat gezeigt, wie viele Feuerwerke abgebrannt wurden, die mit Sicherheit nicht alle genehmigt waren.

Frau Mihály-Anastasio schildert die schwierige Verkehrssituation im Bereich Kantstraße und Lessingstraße, weil Eltern ihre Kinder vor den Haupteingang der Lessingschule fahren. Da es sich da um eine Sackgasse mit sehr wenigen Anliegerhäusern handelt schlägt sie vor, ein Schild mit dem Zusatz „Nur für Anwohner“ anzubringen und mehr Verkehrskontrollen durchzuführen.

Herr Wolframm fragt, weshalb die Ampelanlage auf der Carl-Thieme-Straße zur Rampe Wilsdruffer Straße, welche seit Jahren abgeschaltet gewesen ist, wieder in Betrieb genommen wurde. Daher kommt es wieder zu Problemen im Verkehrsfluss.

Herr Schautz führt aus, dass die Ampel auf Anraten eines Stadtrates für einen bestimmten Zeitraum wieder in Betrieb genommen wurde.

Herr Heger fügt hinzu, dass er im Technischen und Umweltausschuss gebeten hat, die Ampel solange in Betrieb zu nehmen bis der aufgrund des Abrisses des Formenlagers der Porzellanmanufaktur gesperrte Fußweg wieder begehbar ist. Damit können die Kinder und Bürger die Carl-Thieme-Straße besser überqueren.

Weitere Informationen und Anfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 6	I 2017/012
-----------------------------	-------------------

Vollzug des Haushaltsplanes 2017 zum Stand 30. Juni 2017

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 24. August 2017

Herr Funk erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Frau Ebert bezieht sich auf die Aussage auf Seite 4, dass durch Preis- oder Kostensteigerungen im Einzelfall die Umsetzung von Investitionen, zumindest in zeitlicher Hinsicht überdacht werden müssen. Wann ist damit zu rechnen, um noch rechtzeitig bezüglich des Haushaltes 2018 über bestimmte Verschiebungen und Änderungen diskutieren zu können?

Herr Funk bemerkt, dass es sich hier um eine allgemeine Aussage handelt. Es ist bekannt, dass die Baufirmen eine sehr gute Auslastung haben, was sich auf die Ausschreibungsergebnisse niederschlägt. Wenn dies Auswirkungen hat, wird es bei konkreten Maßnahmen, die sich in der Umsetzung befinden, von der Verwaltung vorgestellt.

Herr Mayer verweist auf die letzte Seite der Anlage 5, wo sich der Anteil der Stadt Freital an den Bürgschaften des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe inzwischen auf 22 Mio. Euro beläuft.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Informationen nach § 12 Abs. 4 Nr. 3 und 4 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital - 2. Quartal 2017

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 24. August 2017

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Antrag mehrerer Stadträte zur Überprüfung der Studie "Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland" der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Herr Rülke verliest folgende Erklärung, deren wortwörtliche Aufnahme er ins Protokoll wünscht.

„Gemeinsame Erklärung der unterzeichnenden Stadträte

In Abstimmung mit den unterzeichnenden Stadträten ziehe ich den Antrag zur Überprüfung der unten genannten Studie auf wissenschaftliches Fehlverhalten zurück. Ich möchte dieses Vorgehen begründen und bitte darum, dass die nun folgende Erklärung wörtlich in das Protokoll übernommen wird.

Am 18. Mai 2017 veröffentlichte das Göttinger Institut für Demokratieforschung den Abschlussbericht zu einer wissenschaftlichen Studie mit dem Titel „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland“. Bereits wenige Tage später wurde die Studie in überarbeiteter Form erneut veröffentlicht, nachdem es bundesweit umfangreiche Kritik an den Anonymisierungsmethoden der Autoren gegeben hatte. Gegen Ende Juli wurde die Studie erneut überarbeitet, da es offensichtlich einen Konflikt mit einer der befragten Personen gab. Daraufhin distanzierte sich schließlich die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Frau Iris Gleicke, die das Göttinger Institut beauftragt hatte, öffentlich von der Studie.

In den vergangenen drei Monaten haben wir uns intensiv mit der betreffenden Studie auseinandergesetzt. An zahlreichen Stellen des Abschlussberichtes sind Fehler in Bezug auf die Methodik empirischer Sozialforschung offensichtlich.

1. Die bereits genannte mangelhafte Anonymisierung lässt ohne große Mühe Rückschlüsse auf die Identität der befragten Personen zu. Darüber hinaus ist bekannt, dass eine Anonymisierung in einigen Fällen von Interviewpartnern gar nicht gewünscht war und in Fällen von Expertenbefragungen auch nicht üblich ist.
2. Die Autoren der Studie stellen die Aussagen einzelner Interviewpartner als Tatsachen dar, ohne die Zuverlässigkeit und den Wahrheitsgehalt anhand weiterer geeigneter Quellen zu prüfen. In einzelnen Fällen, wie bei den Aussagen des Freitaler Stadtrates „Thiele“ (Name anonymisiert), handelt es sich sogar um Straftaten.
3. Die Ergebnisse der Studie basieren auf der Befragung von nur 40 Personen, sogenannte Experten und Fokusgruppen, aus denen Schlüsse für die gesamten neuen Bundesländer gezogen werden sollen. Dabei ist festzuhalten, dass es sich bei den Experten in den meisten Fällen um Stadträte der untersuchten Regionen handelt. Es ist mehr als fraglich, warum Kommunalpolitiker Experten für die Ursachenforschung von Rechtsextremismus sein sollen. Hinzu kommt, dass nicht die gesamte Breite des kommunalpolitischen Parteienspektrums in die Befragung einbezogen wurde. Die Fokusgruppen sollen laut den Autoren der Studie repräsentativ zusammengesetzt gewesen sein. Dies ist jedoch bei einer durchschnittlichen Gruppengröße von 7 Personen unter Berücksichtigung wichtiger Faktoren, wie Alter, Geschlecht,

- Bildungsniveau, familiärer Hintergrund, Berufstätigkeit, Einkommensniveau, politische Einstellung usw. unmöglich und, mit Verlaub, sozialwissenschaftlicher Humbug.
4. In der Studie werden statistische Quellen zitiert, die zum Teil älter als 10 Jahre sind. Auch dies ist in Anbetracht der massiven demographischen Veränderungen in den vergangenen Jahren, gerade in den neuen Bundesländern unangebracht.
 5. Die Autoren ziehen an verschiedenen Stellen des Abschlussberichtes widersprüchliche Schlüsse. So wird beispielsweise die Sozialisierung der Menschen in der ehemaligen DDR als eine Ursache für die Ausbildung rechtsextremer Anschauungen herangezogen. An anderer Stelle wird jedoch darauf hingewiesen, dass rechtsextreme Tendenzen bei Ostdeutschen am häufigsten in der Altersgruppe der 14-30 Jährigen zu finden sind, also gerade bei den Personen, die nicht in der DDR sozialisiert wurden.
 6. Den Höhepunkt der Verfehlungen stellt aber eine Falschaussage innerhalb der Studie dar. Die Autoren behaupten, dass das Koordinationsbüro für soziale Arbeit der Stadt Freital nicht für Gespräche zur Verfügung stand. Nachweislich haben aber zwei Mitarbeiter des Koordinationsbüros ein mehr als einstündiges Interview mit den Forschern des Göttinger Instituts geführt.

Aus diesen Gründen und aufgrund der Distanzierung von der Studie durch Iris Gleicke ist der Nachweis wissenschaftlichen Fehlverhaltens erbracht und die Aufrechterhaltung des Antrages nicht mehr erforderlich. Neben den knapp 130.000,00 Euro, die bereits durch die Bundesregierung in den Göttinger Sand gesetzt wurden, sollen nun nicht noch weitere Kosten für die Stadt Freital und damit für ihre Bürger verursacht werden, nur um das Offensichtliche zu bestätigen. Gleichzeitig gehört aber die mangelhafte Arbeitsweise der Autoren der Studie in der Öffentlichkeit und vor allem in wissenschaftlichen Kreisen angeprangert und muss Konsequenzen nach sich ziehen.

Unabhängig davon stellen wir uns die Frage, warum sich Iris Gleicke nicht bereits bei Bekanntwerden der ersten Fehler von der Studie distanziert hat. Aus unserer Sicht sind hier mehrere Schlüsse möglich. Entweder die Ostbeauftragte hat die Studie vor der Veröffentlichung nicht ausreichend geprüft. Oder aber die Fehler sind durch die immer neuen Überarbeitungen des Abschlussberichtes erst offensichtlich geworden. Ein letzter möglicher Schluss liegt allerdings näher. Die Studie sollte für die Bundestagswahl instrumentalisiert und auf dem Rücken der Bürger der neuen Bundesländer und insbesondere der Bürger Freitals breitgetreten werden. Warum sonst sollte der Veröffentlichungstermin noch im Sommer dieses Jahres liegen, wenn nach eigener Aussage der Autoren der Studie für ein solches Forschungsvorhaben deutlich mehr Zeit benötigt worden wäre.

Wir fordern daher Frau Gleicke und die Autoren der Studie auf, sich bei den Bürgern Freitals, Sachsens und der neuen Bundesländer öffentlich zu entschuldigen.“

Herr Mayer gibt für die AfD-Fraktion noch einige Anmerkungen zu Protokoll. Die in der Studie nur partiell vorgenommene Anonymisierung ist an sich bereits ein Indiz für den unwissenschaftlichen Charakter. Entweder man zitiert Experten, die dann nachprüfbar zu benennen sind oder man beruft sich auf eine Querschnittsgruppe, die korrekt und sicher anonymisiert wird. Dabei sind Auswahlkriterien und Zusammensetzung der Gruppe offenzulegen und einer Vergleichsgruppe gegenüberzustellen. Menschen zur Beurteilung und persönlichen Denunziation anderer Mitbürger zu missbrauchen, gehört nicht in einen freiheitlich demokratischen Rechtsstaat, zumal die Studie mit Steuergeldern finanziert wurde.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 9

A 2017/011

Antrag des Stadtrates Lothar Brandau zur Vergabe eines Straßennamen, Abzweig Leisnitz bis real,- Gebäude

Vorberatung Technischen und Umweltausschuss
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 22. August 2017
am 24. August 2017

Herr Brandau geht kurz auf die Sach- und Rechtslage des Antrages ein.

Herr Weichlein bemerkt, dass der Anfang und das Ende des zu benennenden Straßenabschnittes genau benannt werden müssen. Von Seiten der Verwaltung wurde die Thematik geprüft und es wird vorgeschlagen, nicht nur dem Abschnitt von der Leisnitz bis zur Einmündung ehemaligen real,- Markt einen Namen zu geben, sondern den Abschnitt von der Einmündung ehemaliger real,- bis zum Kreisverkehr Burgker Straße mit einzubeziehen. Dies erläutert Herr Weichlein anhand eines Planes. Die Straße hinter dem ehemaligen real,- Markt zu den Parkflächen wird dabei nicht betrachtet, da es keine öffentlich gewidmete Straße ist. An der neu zu benennenden Straße liegen zwar drei Häuser, die jedoch von der Benennung nicht betroffen wären. Diese können aufgrund ihrer Zugänge weiterhin der Straße Leisnitz und Am Schlossgarten zugeordnet bleiben. Von Seiten der Verwaltung wird daher folgender Beschlussvorschlag vorgeschlagen:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, der Straße zwischen dem Abzweig Leisnitz und dem Kreisverkehr Burgker Straße den Namen „Am Osterbusch“ zu geben.

Herr Brandau stimmt als Einreicher des Antrages der Verlängerung bis zum Kreisverkehr Burgker Straße und somit dem geänderten Beschlussvorschlag zu.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 063/2017

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, der Straße zwischen dem Abzweig Leisnitz und dem Kreisverkehr Burgker Straße den Namen „Am Osterbusch“ zu geben.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 10

A 2017/012

Antrag der Fraktion SPD/Die Grünen; Bewerbung im Rahmen der Initiative WiFi4EU-Freies WLAN für Europa

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 24. August 2017

Herr Wolframm geht kurz auf die Sach- und Rechtslage des Antrages ein.

Herr H. Leuschner führt aus, dass der Antrag mit der FREITALER STROM+GAS GMBH besprochen wurde, welche Möglichkeiten es diesbezüglich, auch mit Blick auf die Betriebskosten, gibt. Es werden entsprechende Vorschläge unterbreitet, welche Standpunkte als sinnvoll erscheinen, um diese dann mit dem Stadtrat abzustimmen, zu beantragen und die Folgekosten im Haushalt darzustellen.

Herr Heger weist darauf hin, dass öffentliche WLAN-Flächen auch Nebenwirkungen haben können, weil sich dort viele versammeln, was zu Unfrieden bei Anwohnern führen kann. Er bittet zu prüfen, ob freie WLAN-Plätze nur zu Tageszeiten oder Öffnungszeiten von Geschäften zugelassen werden.

Herr Pfitzenreiter legt dar, dass diese Thematik auch schon besprochen und auch weiter verfolgt wird.

Herr Weichlein informiert, dass der im Beschlussvorschlag des Antrages aufgeführte Klammerzusatz nicht in den Beschlussvorschlag aufzunehmen ist.

Herr Wolframm stimmt der Streichung des Klammerzusatzes zu.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss Nr.: 064/2017

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister sich im Rahmen der Initiative „WiFi4EU-FREIES WLAN FÜR EUROPA“ der Europäischen Kommission um Finanzierungsmittel zur Errichtung eines öffentlichen WLAN-Angebots in der Stadt Freital zu bewerben, sobald die Antragstellung möglich ist. Des Weiteren wird die Stadtverwaltung aufgefordert, dem Stadtrat vorzulegen, an welchen Stellen ein öffentliches WLAN in Form von WiFi-Hotspots Sinn macht und darüber einen Beschluss herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	2

Tagesordnungspunkt 11

B 2017/034

Verkauf der Flurstücke 494/1, 495/1 sowie jeweils Teilflächen der Flurstücke 496/1, 497, 498 der Gemarkung Deuben

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 24. August 2017

Herr Funk erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Pfitzenreiter ergänzt, dass der Oberbürgermeister im Rahmen seiner Unternehmenstour auch in der HELIOS Weißeritztal-Klinik war und dort im persönlichen Gespräch das Thema Parkplätze erörtert wurde. Nach Prüfung im Umfeld ist die nun vorliegende Variante die beste Lösung.

Herr Mayer bedankt sich, dass ihm auf Bitten im Finanz- und Verwaltungsausschuss das vollständige Wertgutachten zur Verfügung gestellt wurde.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 065/2017

1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital bestätigt den Verkauf einer Fläche von insgesamt ca. 1.954 m², bestehend aus den Flurstücken 494/1 (59 m²), 495/1 (511 m²) sowie jeweils unvermessenen Teilflächen der Flurstücke 496/1 (ca. 372 m²), 497 (ca. 510 m²), 498 (ca. 502 m²) der Gemarkung Deuben, zum Kaufpreis von insgesamt 121.000,00 Euro an die HELIOS Weißeritztal-Kliniken GmbH in Freital.
2. Beim Kaufpreis handelt es sich um einen Festpreis, Mehr- oder Minderflächen infolge Flurstücksvermessung sind nicht auszugleichen.
3. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital bestätigt die Grundschuldbestellung auf dem Verkaufsgrundstück in Höhe des Kaufpreises nebst Zinsen und Nebenleistungen zum Zwecke der Kaufpreisfinanzierung. Im Kaufvertrag sind die unter Punkt IX. der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Veräußerung kommunaler Grundstücke (VwV kommunale Grundstücksveräußerung) vom 13. April 2017 getroffenen Festlegungen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	2

Tagesordnungspunkt 12

B 2017/036

Finanzierung der Sanierung des Gebäudes Poststr. 13 (Regenbogen Familienzentrum e.V.), Bewilligung einer außerplanmäßigen Auszahlung von 215.854,00 Euro

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss

am 16. August 2017

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 24. August 2017

Herr Pfitzenreiter erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Mayer erkennt die wichtige Funktion, die der „Regenbogen“ Familienzentrum e.V. in Freital-Deuben hat und welche Arbeit er in sozialer Hinsicht geleistet wird. Dennoch äußert er Bedenken, was die hohe Investitionssumme betrifft, da die Stadt Freital nicht Eigentümer des Gebäudes ist sondern der Landkreis und somit keine Kontrolle besteht. Es wird befürchtet, dass die Mittel nicht reichen und weitere Forderungen auf die Stadt Freital zukommen. Die AfD-Fraktion wird sich der Beschlussfassung enthalten.

Frau Dr. Darmstadt teilt die Bedenken hinsichtlich der Investition in ein Grundstück, welches dem Landkreis gehört. Andererseits kann in diesem Gebiet auf das Familienzentrum nicht verzichtet werden und allen ist der Zustand des Hauses bekannt. Mit dem Umbau wird zumindest ein behindertengerechter Zugang geschaffen. Bedingung ist, dass der Landkreis sich daran beteiligt. Im Interesse des Regenbogen Familienzentrum e. V. sollte dem Beschlussvorschlag zugestimmt werden.

Herr Wolframm sieht das grundsätzliche Problem des Landkreises, dass er zu wenig Mittel hat, um Prävention zu leisten und letztendlich die Stadt Freital einspringt, was so nicht richtig ist. Das Familienzentrum „Regenbogen“ macht eine gute Arbeit und deswegen muss die Stadt helfen.

Herr Pfitzenreiter bemerkt, dass der mit dem Landkreis geschlossene Kompromiss bezüglich der Erbbaupacht positiv zu sehen ist.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 066/2017

1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, dem Regenbogen Familienzentrum e.V. für die Sanierung des Gebäudes Poststraße 13
 - a) im Rahmen der Städtebauförderung Freital-Deuben für die Sanierung der Gebäudeaußenhülle eine zweckgebundene Investitionszuwendung von bis zu 275.000,00 Euro und
 - b) für die Sanierung des Gebäudeinnenbereiches eine zweckgebundene Investitionszuwendung bis zu 215.854,00 Euro zu gewähren.
2. Die Gewährung der Investitionszuwendungen steht unter dem Vorbehalt, dass
 - a) die förderrechtliche Zustimmung durch die Sächsische Aufbaubank erteilt wird und
 - b) der Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge für einen Zeitraum von 30 Jahren vollständig auf die Erbbaupacht in Höhe von 7.300,00 Euro jährlich verzichtet.
3. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt im Produktkonto 366201.781800 (Zuschüsse an freie Träger der Jugendarbeit, Auszahlungen für Investitionszuwendungen) eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 215.854,00 Euro, die aus der Liquiditätsreserve gedeckt wird.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	3

Tagesordnungspunkt 13	B 2017/037
"Soziale Arbeit" in der Großen Kreisstadt Freital ab dem Jahr 2018	

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss am 16. August 2017
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss am 24. August 2017

Frau Helbig erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Rülke legt dar, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmt und bedankt sich in deren Namen bei dem Koordinationsbüro für die bisher geleistete Arbeit. Der Wunsch ist es, dass diese Arbeit weiterhin so fortgeführt wird.

Herr Mayer schließt sich dem Dank an. Er hebt die Transparenz hervor, wie über die Arbeit in der Strategischen Planungsgruppe informiert wird. Die AfD-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 067/2017

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, den Kinder- und Jugendhilfeverbund e.V. mit der Durchführung der „Sozialen Arbeit“ in Freital für die Jahre 2018 bis 2020 zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 14

B 2017/038

Grundsatzentscheidung zur Baumaßnahme "Sanierung und Erweiterung der Oberschule Geschwister Scholl" als 2-zügige Schule in Freital, Bewilligung einer überplanm. Auszahlung von 95.000,00 Euro und einer außerplanm. Verpflichtungsermächtigung von 270.000,00 Euro

Vorberatung im Bildungsausschuss

am 16. August 2017

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss

am 22. August 2017

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 24. August 2017

Frau Helbig, Herr Schiller und Herr Funk gehen jeweils ihr Aufgabengebiet betreffend auf die Sach- und Rechtslage der Vorlage ein.

Herr Mayer begrüßt die Vorlage, da es sich um die letzte Schule in Freital handelt, die noch nicht saniert ist und worauf schon lange gewartet wird.

Herr Rülke ergänzt, dass dies das letzte große Sanierungsprojekt auf absehbare Zeit ist. Von der Sächsischen Bildungsagentur wurde gegenüber der Stadt Freital lange Zeit immer wieder behauptet, dass der Bedarf, den die Stadt Freital sieht, nicht erforderlich ist. Die nun anstehende Maßnahme zeigt jedoch, dass die Stadt Freital mit ihren Vermutungen wahrscheinlich Recht behalten und eine gute Arbeit geleistet wird. Vielleicht wäre, wenn die Bildungsagentur genauer hingeschaut hätte, eine andere Möglichkeit zur Sanierung und Erweiterung denkbar gewesen. Eventuell auch unter Einbeziehung anderer Standorte.

Herr Heger kritisiert, wie wenig es gelungen ist, den Anbau, welcher ein Betonklotz ist, an das Grundgebäude anzupassen.

Herr Wolframm stellt fest, dass die Stadt Freital, der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sowie die Bildungsagentur jeweils eine Schulnetzplanung haben, die sich jedoch nie gleichen. Man kann sich da schon die Frage stellen, ob bei der Bildungsagentur Absicht dahintersteckt, damit keine Fördermittel für Schulen beantragt werden.

Herr C. Meyer spricht sich im Namen der Fraktion Bürger für Freital für die Vorlage aus und begrüßt, dass nach vielen Jahren mit der Sanierung begonnen wird.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 068/2017

1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, die für die Erarbeitung eines Zuwendungsantrags erforderlichen Planungen für das Gesamtprojekt „Sanierung und Erweiterung der Oberschule Geschwister Scholl“ als 2-zügige Schule am vorhandenen Standort weiter fortzuführen.
2. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt zur planerischen Vorbereitung des Vorhabens
 - a) im Produktkonto 215101.785110 (Oberschulen, Hochbaumaßnahmen) eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 95.000,00 Euro, die aus der Liquiditätsreserve gedeckt wird, und
 - b) im Produktkonto 215101.785110 (Oberschulen, Hochbaumaßnahmen) eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 270.000,00 Euro, die zu Lasten des Produktkontos 511103.785110 (Städtebauliche Sanierung und Entwicklung, Hochbaumaßnahmen) gedeckt wird.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Herr Pfitzenreiter beendet den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Pause von 19.20 Uhr bis 19.25 Uhr